

Statement

Joscha Wagner

DGB-Jugendreferent

Pressekonferenz zur Veröffentlichung der Corona-Ausbildungsstudie 2021

am 25.08.2021 in Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

dass die Corona-Krise auch die duale Berufsausbildung und insbesondere Auszubildende trifft, war spätestens mit den ersten Schul- und Betriebsschließung klar. Für viele der fast 1,3 Millionen Auszubildenden in Deutschland bedeuteten die pandemiebedingten Einschränkungen von heute auf morgen: Homeschooling statt Berufsschule und Home-Office statt Werkbank. Eine reguläre und gute Berufsausbildung hatten Viele unter diesen Bedingungen nicht.

Als Gewerkschaftsjugend haben wir es uns daher zur Aufgabe gemacht, die Situation von Auszubildenden genauer zu beleuchten: Welche Erfahrungen haben sie während der Corona-Pandemie in ihrer Ausbildung gemacht? Welchen Einfluss hat die neue Situation auf das Wohlbefinden der Auszubildenden und wie wurden sie während der Krise unterstützt?

Deshalb haben wir eine repräsentative Studie in Auftrag gegeben. Befragt wurden mehr als 1.000 junge Menschen, die sich im Februar und März 2021 in einer betrieblichen dualen Berufsausbildung oder einem ausbildungsintegrierten dualen Studium befunden haben.

Bevor ich zu den Ergebnissen im Einzelnen komme, will ich einen grundsätzlichen Befund voranstellen: Die Ergebnisse unserer Studie zeigen einmal mehr, dass die Corona-Pandemie junge Menschen in erheblichem Maße belastet. Von einer starken oder sehr starken Belastung berichteten insgesamt 72 Prozent der Auszubildenden an. Dabei fühlen sich weibliche Auszubildende (74,7 Prozent) stärker belastet als männliche (67,8 Prozent).

Die Belastung drückt sich mit Blick auf die Ausbildung vor allem in Zukunftsangst aus: Mehr als ein Drittel (34,6 Prozent) der Befragten machen sich „große“ oder „sehr große“ Sorgen, ihre Ausbildung nicht erfolgreich abschließen zu können. Der Grund: Coronabedingt wurden Ausbildungsinhalte nur teilweise vermittelt. Die Angst vor dem Scheitern, so zeigt unsere Befragung, ist dabei in Klein- und Kleinstbetrieben am größten.

Insbesondere Auszubildende im dritten Ausbildungsjahr, also diejenigen, die kurz vor ihren Abschlussprüfungen stehen, schätzen ihre Situation kritisch ein. Von Ihnen fühlen sich nur weniger als die Hälfte (48,5 Prozent) „sehr gut“ bzw. „gut“ über Prüfungstermine und -ablauf informiert. Lediglich 51,1 Prozent waren mit der Prüfungsvorbereitung von betrieblicher und 47,2 Prozent mit der von berufsschulischer Seite „sehr zufrieden“ oder „zufrieden“. All das belastet Auszubildende stark, sie fühlen sich nach mehr als einem Jahr Pandemie im Stich gelassen.

Auf gewerkschaftlichen Druck hin wurde das Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ im Mai dieses Jahres um Zuschüsse für Prüfungsvorbereitungskurse erweitert. Für eine Bewertung der Maßnahme ist es heute zwar noch zu früh – mit Blick auf die Sorgen der Auszubildenden jedoch ein erster wichtiger Schritt.

Der Zukunftsangst der Auszubildenden muss aus unserer Sicht effektiv begegnet werden: Wir fordern, dass alle Auszubildenden im Anschluss an ihre erfolgreich abgeschlossene Ausbildung unbefristet übernommen werden. Die Probezeit bei Übernahme im selben Betrieb gehört abgeschafft. Nur so lassen sich berufliche Perspektiven und materielle Sicherheit gewährleisten.

Wesentlich für eine gute und erfolgreiche Berufsausbildung ist eine gute Ausbildungsqualität. Das gilt sowohl für den Lernort Berufsschule, als auch für den Betrieb. Leider zeigt unsere Studie, dass sich die Ausbildungsqualität in vielen Berufsschulen und Betrieben im Zuge der Corona-Pandemie verschlechtert hat:

Fast ein Drittel (30,1 Prozent) der befragten Auszubildenden sagt, dass sich die fachliche Qualität des Berufsschulunterrichts im Zuge der Pandemie verschlechtert hat. Ein schlechtes Zeugnis wird auch der digitalen Ausstattung der Berufsschulen ausgestellt: Mehr als die Hälfte der Auszubildenden (52,7 Prozent) bemängeln diese. Bedenklich ist dabei, dass nur etwa ein Drittel (32,4 Prozent) der Befragten der Ansicht sind, dass sich diese Situation seit Beginn der Corona-Pandemie verbessert hat. Jeder Zehnte (13,3 Prozent) stellte gar eine Verschlechterung fest.

Von Homeschooling, bzw. Distanzunterricht waren fast alle Auszubildenden (94,9 Prozent) betroffen. Das diesbezüglich wahrgenommene Qualitätsproblem ist noch größer: Mehr als die Hälfte der Befragten (52,9% Prozent) sind mit der Qualität von Homeschooling und Distanzunterricht nicht zufrieden.

Mit Blick auf die Situation in den Betrieben kommen wir leider zu ähnlichen Ergebnissen: Nahezu 60 Prozent der Auszubildenden haben zumindest Teile ihrer Ausbildung im Homeoffice absolviert. Fast die Hälfte (45,2 Prozent) der Befragten vergaben für die fachliche Qualität der Ausbildung im Homeoffice schlechte Noten.

Klare Defizite sind bei der Ausstattung mit Lehr- und Lernmitteln festzustellen, die die Azubis für die Ausbildung von zu Hause aus benötigen: Nur 35 Prozent der Befragten haben alle Materialien und Geräte zur Verfügung gestellt bekommen; 20 Prozent, also jede/r Fünfte (!), haben keinerlei Arbeits- und Lernmittel vom Betrieb erhalten. Hinzu kommt, dass nur einem Drittel der Befragten (33,1 Prozent) die Ausbilder_innen während der Homeoffice-Phasen „immer“ zur Verfügung standen, und das obwohl die fortlaufende Betreuung im Berufsbildungsgesetz vorgeschrieben ist.

Unsere Ergebnisse machen deutlich, dass eine Digitalisierungs- und Finanzierungsoffensive dringend notwendig ist. Und zwar nicht nur für die digitale Infrastruktur. E-Learning-Angebote müssen überall und für alle verfügbar sein. Bei der Vermittlung neuer Kompetenzen darf niemand abgehängt werden. Online-Unterricht darf nicht von der finanziellen Situation der Eltern abhängen, Ausbildungsbetriebe müssen ihre Auszubildenden mit allen notwendigen digitalen und analogen Lernmitteln ausstatten. Schulen brauchen moderne Lehr- und Lernmittel und genügend Lehrkräfte mit ausreichend Zeit für Weiterbildung. Wenn Ausbildungsinhalte krisenbedingt nur mangelhaft vermittelt werden, benötigen Auszubildende ausreichende Unterstützungsangebote. Der Ausbildungserfolg muss mit allen Mitteln abgesichert werden!



Sehr geehrte Damen und Herren,

wir kommen nun zu einer Reihe von Ergebnisse, deren Ausmaße uns negativ überrascht haben und die große Defizite bei ausbildenden Betrieben aufzeigen.

Kellnern statt Eventmanagement, Unkraut zupfen statt Rezeption, Corona-Tests statt Trainingspläne: Mehr als ein Viertel der Auszubildenden (26,3 Prozent) muss „immer“ oder „häufig“ solche ausbildungsfremden Tätigkeiten in der Ausbildung erledigen. In kleineren Betrieben mit 5-10 Beschäftigten ist dieses Problem mit 35,5 Prozent betroffenen Auszubildenden besonders ausgeprägt.

Aber was heißt das eigentlich, ausbildungsfremde Tätigkeit? Ich möchte dazu aus einer Anfrage einer Auszubildenden aus dem März 2021 an das Online-Beratungsportal der DGB-Jugend, Dr. Azubi, zitieren:

„Ich bin zurzeit in meinem 3. Ausbildungsjahr und seit der Coronazeit mache ich in meinem Betrieb nichts anderes mehr als den ganzen Tag Corona Tests bei Mitarbeitern und Kunden. Ich lerne gar nichts mehr [...].“

Nun, diese Tätigkeitsbeschreibung wäre möglicherweise angemessen, wenn es einen Ausbildungsberuf „Corona-Testerin“ gäbe. Aber: Diese junge Frau macht eine Ausbildung zur Sport- und Fitnesskauffrau, mit ihren Ausbildungsinhalten hat die beschriebene Tätigkeit nichts zu tun!

Sie schreibt, dass sie sich im 3. Ausbildungsjahr befindet – und damit kurz vor der Abschlussprüfung. Spätestens zu diesem Zeitpunkt werden ausbildungsfremde Tätigkeiten zu einem großen Problem: Denn die für die Prüfung benötigten Lerninhalte werden schlicht nicht vermittelt, wenn ausbildungsfremde Tätigkeiten zur betrieblichen Praxis werden.

Besonders erschreckend ist, dass sich der Anteil derjenigen, die ausbildungsfremde Tätigkeiten häufig oder gar immer erbringen müssen, im Vergleich zur Vor-Pandemie-Zeit verdoppelt hat; 2020 waren es laut DGB-Jugend-Ausbildungsreport noch 12,1 Prozent der Auszubildenden. Jetzt sind es – wie bereits erwähnt – mehr als 26 Prozent, die ausbildungsfremde Tätigkeiten erledigen müssen, weil die Vorgesetzten es verlangen.

Auch in sozusagen gegensätzlicher Richtung sind die Zahlen unserer Studie alarmierend. Die Berufsausbildung ist ein Lernverhältnis, kein klassisches Arbeitsverhältnis. Trotzdem werden mehr als die Hälfte der Auszubildenden (57,6 Prozent) „immer“ oder „häufig“ als volle Arbeitskraft eingesetzt, obwohl das nicht erlaubt ist. Auch diese Praxis widerspricht dem Ziel der Berufsausbildung, einen Beruf zu erlernen.

Selbstverständlich ist es wichtig, dass Auszubildende mit zunehmender Ausbildungsdauer selbstständiger arbeiten und ihnen mehr Verantwortung übertragen wird. Wenn jedoch selbst im ersten Ausbildungsjahr bereits fast die Hälfte (48,2 Prozent) der Auszubildenden angibt, immer oder häufig als volle Arbeitskraft eingesetzt zu werden, dürfte dies in vielen Fällen eine Überforderung darstellen.

Pflicht- und Regelverstöße müssen wir leider auch in anderen Bereichen feststellen:

So musste ein Viertel der Befragten (24,3 Prozent) ein- oder gar mehrmals eine Kürzung der Ausbildungsvergütung in Kauf nehmen. Außerdem gab fast jede_r fünfte Auszubildende (18,7 Prozent) an, dass ihr oder ihm seit Beginn der Corona-Pandemie mindestens einmal der Urlaub gekürzt wurde; bei der Mehrheit der Betroffenen (61,6 Prozent) ging es dabei um bis zu 5 Urlaubstage. Urlaub dient der Erholung und Regeneration, der Mindestanspruch ist gesetzlich geregelt. Eine betriebsseitige Kürzung von vertraglich festgelegten Urlaubstagen ist unter keinen Umständen zulässig – auch nicht in einer pandemiebedingten Krisensituation!

Zudem zeigt unsere Befragung, dass ein Drittel der Auszubildenden (32,6 Prozent) „immer“ oder „häufig“ Überstunden machen muss; die meisten (fast 80 Prozent) wöchentlich bis zu 5 Stunden. Aber auch mehr als 20 Überstunden pro Woche kommen vor. Überstunden in der Ausbildung sollte es eigentlich nicht geben, die Ausbildungsinhalte sind gemäß Ausbildungsrahmenplan in der vertraglich festgelegten Zeit zu vermitteln. Die Berufsausbildung ist und bleibt ein Lernverhältnis: Auszubildende sind keine regulären Arbeitskräfte!

Neben der Mehrarbeit sind auch sogenannte „Minusstunden“ in der Pandemie von Bedeutung: Fast ein Viertel (23,3 Prozent) der Befragten muss „Minusstunden“ ansammeln, wenn die Ausbildung aus betrieblichen Gründen ausfällt. Von diesen Auszubildenden müssen 83 Prozent die Minusstunden voll (55,2 Prozent) oder zumindest zum Teil (27 Prozent) nacharbeiten. „Minusstunden“ sind im Berufsbildungsgesetz jedoch überhaupt nicht vorgesehen. Es handelt sich also auch hierbei um Pflichtverletzungen von ausbildenden Betrieben. Denn es ist deren Pflicht und Verantwortung, Auszubildende im gesamten vertraglich festgelegten zeitlichen Umfang auszubilden.

Diese Befunde machen deutlich, dass Mindeststandards in der Ausbildung nicht ausreichend ernst genommen werden. Wie wichtig gesetzliche Grundlagen zur Sicherung der Ausbildungsqualität sind, hat sich während der Corona-Krise gezeigt. Ob Ausbildungspflicht, Vergütungsfortzahlung, die Freistellungspflicht für die Berufsschule oder die Schutzbestimmungen des Jugendarbeitsschutz- und des Arbeitszeitgesetzes – diese Regelungen sind gesetzliche Mindeststandards. Werden die gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen nicht eingehalten sind stets die Auszubildenden die Leidtragenden.

Deshalb fordern wir mit Nachdruck, dass die Kammern und die zuständigen Stellen verstärkt aktiv werden und gegen Verstöße und das Nichteinhalten gesetzlicher Regelungen und Verordnungen vorgehen. Für eine nachhaltige Überprüfung der Ausbildungsbedingungen sind regelmäßige Kontrollen der Betriebe notwendig. Wenn die Kammern aufgrund von Interessenkonflikten ihrer Kontrollfunktion nicht nachkommen können, müssen unabhängige Stellen geschaffen werden.



Sehr geehrte Damen und Herren,

die Ergebnisse unserer Corona-Ausbildungsstudie 2021 zeigen, Elke Hannack hat es auch schon gesagt, dass es auf dem Ausbildungsmarkt dringenden Handlungsbedarf gibt. Das gilt gleichermaßen für die Ausbildungsqualität in Berufsschulen und in Ausbildungsbetrieben – und zwar über die Pandemie hinaus.

Unsere Verbesserungsvorschläge und Forderungen will ich abschließend noch einmal zusammenfassen:

1. Eine Generation Corona auf dem Ausbildungsmarkt muss verhindert werden – Wir fordern die Einführung eines umlagefinanzierten Zukunftsfonds, flankiert von einer gesetzlichen Ausbildungsgarantie, um Ausbildung für Alle zu ermöglichen.
2. Unser Rezept gegen Zukunftsängste ist eine berufliche Perspektive für Auszubildende. Deswegen brauchen wir die unbefristete Übernahme nach der Ausbildung.
3. Auszubildende dürfen jetzt nicht alleine gelassen werden. Gute Ausbildungsqualität und Ausbildungsabschlüsse müssen mit allen Mitteln abgesichert werden! Dazu ist unter anderem gute Prüfungsvorbereitung und die enge Betreuung von Azubis durch Lehrer- und Ausbilder_innen nötig.
4. Mindeststandards in der Ausbildung müssen ernst genommen und eingehalten werden. Das muss endlich konsequent kontrolliert werden.

Klar ist, dass es kein „weiter so“ bei der Berufsausbildung geben kann. Das werden wir als DGB-Jugend nicht zulassen. Wir stehen kurz vor der Bundestagswahl – alle Parteien und Kandidat_innen müssen sich diesem Thema widmen. Es ist höchste Zeit, dass jetzt etwas passiert, für eine gute Ausbildung für Alle.

Wir werden weiterhin um jeden Ausbildungsplatz, für gute Ausbildungsqualität und sichere Perspektiven statt Zukunftsangst kämpfen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!